

Umweltzone schrumpft auf ein Viertel

WAZ Dortmund, 12.02.2008, Von Rolf Maug, 6 Kommentare

"Luftnummer" oder "ausgewogener Interessenausgleich"? Weit auseinander gehen die Kommentare zur Entscheidung der Landesregierung gegen eine große Umweltzone im Ruhrgebiet. Kommentar: 2. Lokalseite



Der Kompromiss, auf den sich die NRW-Minister für Verkehr (Wittke), Wirtschaft (Thoben) und Uhlenberg (Umwelt) am Wochenende im ganz kleinen Kreis verständigt haben, soll heute in Düsseldorf den Umweltdezernenten der betroffenen Städte vorgestellt werden. Ersten Einschätzungen zufolge soll die Fahrverbotszone in Dortmund nur noch etwa ein Viertel so groß sein wie laut "Luftreinhalteplan Ruhr-Ost", den Arnsberg der Landesregierung vor drei Wochen vorgeschlagen hatte.

+ Wie die WAZ gestern in Düsseldorf erfuhr, soll die B 236 n weiterhin die Ostgrenze der Dortmunder Zone markieren. Im

Süden bleibt es bei der B 1 - mit Ausnahme eines Zipfels (zwischen Semerteich-, Fass- und Märkische Straße) nach Hörde. Die Westgrenze beginnt direkt hinter der Schnettkerbrücke, also noch vor Dorstfeld, und läuft auf den Hafen zu - aber nur bis zur Stadtautobahn OW III a . Im Norden verläuft die Grenze entlang der Schützen-, Eber-, Born- und Borsig- bis zur Brackeler Straße; der Hafen und die Westfalenhütte bleiben also außen vor.

Großzügige Ausnahme- und Übergangsregelungen sind angekündigt, stehen zur Stunde aber noch nicht fest.

Frank Hengstenberg, CDU-Fraktions-Chef und Vorsitzender im Umweltausschuss des Dortmunder Rates, und Uwe Waßmann, stellv. CDU-Kreisvorsitzender, sind sich einig - nämlich darin, dass die jetzt gefundene Lösung "einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen den berechtigten Sorgen der vom Feinstaub betroffenen Bürger, der notwendigen Mobilität der Arbeitnehmer und der berechtigten Sorge der Wirtschaft um ihre Wettbewerbsfähigkeit darstellt".

Als "konsequent" loben die CDU-Spitzen, dass die Landesregierung plant, neben dem Kfz-Verkehr auch alle anderen relevanten Luftschadstoffquellen auf den Prüfstand zu stellen, bevor man über eine große Umweltzone nachdenkt. Hengstenberg und Waßmann: "Schon in unserer ersten Stellungnahme an die Adresse der Landesregierung hatten wir darauf hingewiesen, dass eine umfassende Umweltzone nur das letzte Mittel sein darf."

"Einknicken vor Lobbyinteressen"

Harsche Kritik an der nunmehr zu erwartenden Insel-Landschaft von kleineren Umweltzonen im Ruhrgebiet kommt von den Umweltschützern. Die Bevölkerung, so der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), werde das "Einknicken der Landesregierung vor den Lobbyinteressen von IHKs und ADAC teuer mit ihrer Gesundheit bezahlen."

Eine revierweite Umweltzone, so rechnet der BUND vor, hätte die Feinstaubbelastung um 20 Prozent reduziert und insbesondere geholfen, die verkehrsbedingten Belastungsspitzen und damit die Zahl der Tagesgrenzwertüberschreitungen zu kappen.

Zunächst habe die Landesregierung den Kampf gegen den Feinstaub sogar als vorrangige Aufgabe in ihrem Regierungsprogramm verankert, begründet BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen seinen Ausstieg aus der Arbeitsgruppe "Luftreinhalteplanung in Ballungsräumen". "Nun ist sie dabei, die letzte Glaubwürdigkeit zu verspielen. Dazu passt, dass allein im Ruhrgebiet mindestens fünf Kohlekraftwerke gebaut werden sollen, die wahre Feinstaub-Schleudern sind."